

Rede der Landtagsabgeordneten Sigrid Leuschner,

52. Plenarsitzung am 25. November 2009 zu TOP 15:

Niedersachsen – Tor in eine freie und friedliche Welt für 2.500 irakische Flüchtlinge

Antrag der Fraktionen von CDU und FDP, Drs. 16/1344

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Inneres, Sport und Integration, Drs. 16/1806

Änderungsantrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion DIE LINKE,

Drs. 16/1842

Einzig (abschließende) Beratung

- es gilt das gesprochene Wort -

Anrede,

die Koalitionsfraktionen aus CDU und FDP haben uns einen Antrag zum Thema Aufnahme irakischer Flüchtlinge mit dem vollmundigen Titel „Niedersachsen – Tor in eine freie und friedliche Welt für 2.500 irakische Flüchtlinge“ vorgelegt.

Zuerst waren wir ja geneigt, wenn Sie einzelne Änderungen vorgenommen hätten, Ihrem Antrag zuzustimmen. Da er weder schadet, noch der Sache nutzt. Wir haben uns aber anders entschieden.

Wenn wir alle Selbstverständlichkeiten in Entschließungsanträgen schriftlich festhalten würden, säßen wir hier tagelang und würden inhaltlich keinen Schritt weiter kommen.

Ich will unsere Position kurz begründen:

Allein durch die Überschrift Ihres Antrags wird der Eindruck erzeugt, dass Niedersachsen 2.500 irakische Flüchtlinge aufnehmen würde. Das ist nicht der Fall, meine Damen und Herren.

Auf Niedersachsen entfallen nach der Verteilung des Königsteiner Schlüssels 237 Flüchtlinge, die hier in den nächsten Jahren dauerhaft bei uns leben werden.

Zwar durchlaufen weitaus mehr Flüchtlinge irakischer Herkunft, die in den letzten Monaten und Jahren in Flüchtlingsunterkünften in den Nachbarländern des Irak, vorrangig in Syrien und Jordanien, gelebt haben, Friedland. Aber ihre Verweildauer ist, bevor sie auf die anderen Länder verteilt werden, nur kurz.

Also was soll das, meine Damen und Herren von der CDU und FDP, wenn hier schon durch ihre Überschrift ein falscher Eindruck erzeugt werden soll.

Wenn wir uns nun einmal den Text ihrer EntschlieÙung anschauen, enthält er im Wesentlichen Bekanntes, Selbstverständliches und Überflüssiges, meine Damen und Herren.

Aber das, was sich als Zukunftsnotwendigkeit für die Situation der irakischen Flüchtlinge ergeben muss, wird von Ihnen ausgeblendet und somit deren Situation in keiner Weise gerecht.

Es ist doch selbstverständlich, dass in der Zentralen Aufnahme- und Ausländerbehörde in Friedland und im Standort Bramsche die Flüchtlinge von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern dieser Behörden und von den vor Ort von den Wohlfahrtsverbänden eingesetzten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, insbesondere im Rahmen von Integrationskursen, vorbildlich betreut und beraten werden, und wir ihnen für ihre geleistete Arbeit danken.

Dazu bedarf es keines EntschlieÙungsantrages. Dies hat der Innenausschuss vor Ort, als wir in Friedland waren, bereits gemacht.

Des Weiteren stellen sie in ihrem Antrag fest, dass mit der Aufnahme von 2 500 irakischen Flüchtlingen die Bundesrepublik Deutschland im Rahmen einer europäischen Hilfsaktion einen wichtigen humanitären Beitrag zur Lösung des Flüchtlingsproblems in Syrien und Jordanien leistet.

Das ist auch eine Selbstverständlichkeit, die auf europäischer Ebene von den EU-Innenministern vereinbart wurde.

Es reicht aus Sicht der SPD-Landtagsfraktion nicht aus.

Auch dass Sie das Vorgehen von Bundesregierung und Länderregierungen, den Flüchtlingen eine von vornherein auf Dauer angelegte Aufenthaltserlaubnis zu erteilen, die zur sofortigen Arbeitsaufnahme berechtigt, unterstützen, ist bekannt und bedarf keines neuen Entschließungsantrages.

Und abschließend lassen Sie mich zur Würdigung der Qualität ihres Antrags einen Blick auf die Begründung ihres Antrags werfen, in der Sie, „wohl als ein besonderer Akt der Humanität“, ausführen, dass der Niedersächsische Minister für Inneres, Sport und Integration, Uwe Schünemann, MdL, und der damalige Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesministerium des Innen, Peter Altmaier, MdB, die ersten auf dem Flughafen Hannover-Langenhagen angekommenen 122 Flüchtlinge begrüßt haben.

Dieses, meine Damen und Herren, ist eigentlich auch eine Selbstverständlichkeit, es bedarf keines eigenen Antrages und meine Damen und Herren, er wird der Situation der irakischen Flüchtlinge in keiner Weise gerecht!

Herr Innenminister Schünemann, Sie waren es doch, der sehr lange bei der Aufnahme von irakischen Flüchtlingen gezögert und keine klare Position bezogen hat. Haben Sie das vergessen?

Jetzt führen die Fraktionen von CDU und FDP in der Begründung Ihres Antrags ein pathetisches Bekenntnis zu den Institutionen in Friedland und Bramsche an. Diese Formulierung wäre aber für Beitrag anlässlich einer Feierstunde angemessener gewesen als in einem Entschließungsantrag.

Sie führen z. B. aus, dass, ich zitiere mit der Erlaubnis des Präsidiums, dass „bereits für mehr als 4 Millionen Menschen Friedland das Tor zur Freiheit und zu einer friedlichen Welt geworden“ sei und sich diese Hoffnung auf einen hoffnungsvollen

Neubeginn und Plänen für die Zukunft auch für die irakischen Flüchtlinge erfüllen werden.

Dieses klingt zwar sehr pathetisch, aber bloße Worte helfen den betroffenen Menschen in keiner Weise weiter.

Aus diesem Grund haben die Oppositionsfraktionen des Niedersächsischen Landtags einen gemeinsamen Änderungsantrag vorgelegt.

Wir fordern ein Resettlement für eine moderne Flüchtlingspolitik und das geht über allgemein Bekanntes und Danksagungen an die Wohlfahrtsverbände hinaus.

Wir haben, um einen gemeinsamen Antrag von allen im Landtag vertretenen Fraktionen verabschieden zu können, in den ersten Punkten unseres Änderungsantrages sogar ihre Selbstverständlichkeiten übernommen.

Trotzdem haben Sie, meine Damen und Herren von CDU und FDP, ähnlich wie im Rat der Landeshauptstadt Hannover, weitergehenden Forderungen nach einem Resettlement-Programm widersprochen und unseren Änderungsantrag abgelehnt.

Wir fordern hierin die Landesregierung auf, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass ab sofort regelmäßig Flüchtlinge im „Resettlement-Verfahren“ im Sinne des Konzeptes des UNHCR aufgenommen werden.

Dabei sollen folgende Bedingungen berücksichtigt werden:

- Schutzbedürftigkeit soll das einzige Auswahlkriterium sein,
- das Resettlement-Programm soll zusätzlich zu den bisher üblichen flüchtlings- und asylpolitischen Maßnahmen durchgeführt werden und diese nicht ersetzen,
- den Flüchtlingen sollen dauerhafte Lebensperspektiven in der Bundesrepublik Deutschland und Niedersachsen eröffnet werden,
- es muss eine Regelung über die finanzielle Unterstützung der Kommunen durch das Land, den Bund oder die EU erstellt werden.

Wir fordern den Niedersächsischen Innenminister und die Landesregierung auf, sich im Bundesrat dafür einzusetzen, dass die Bundesregierung ein auf Dauer angelegtes deutsches Resettlement-Programm als Bestandteil eines gemeinsamen Neuansiedlungsprogramms der EU-Mitgliedstaaten initiiert.

Nach den Plänen der Kommission der Europäischen Gemeinschaften soll auf europäischer Ebene ein ständiges dynamisches Verfahren eingeführt werden, das die regelmäßige gemeinsame Festlegung der wichtigsten Prioritäten für die Neuansiedlung festlegt und den Mitgliedstaaten finanzielle Anreize bietet, diese Prioritäten bei der Aufnahme der Flüchtlinge zu berücksichtigen.

Der Rat der Landeshauptstadt hat, wie viele Räte in anderen Städten, am 22. Oktober mit den Stimmen der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beschlossen, dass Hannover als weltoffene Stadt die grundsätzliche Bereitschaft erklärt, regelmäßig Menschen, die besonderen Schutz bedürfen, im Rahmen von Resettlement-Programmen der Bundesregierung dauerhaft aufzunehmen und alle Anstrengungen zu unternehmen, diese zu integrieren.

Des Weiteren fordert die Ratsversammlung die Bundesregierung auf, ein kontinuierliches Programm zur Aufnahme von Flüchtlingen (Resettlement) einzurichten.

Die Verwaltung wurde beauftragt, zu prüfen, inwiefern die Möglichkeit besteht, Flüchtlinge, die in Niedersachsen aufgenommen werden, nicht nur in Sammelunterkünften wie der ZAAB-Außenstelle Bramsche unterzubringen, sondern auch in Hannover aufzunehmen und zu integrieren.

Anrede, seit einigen Monaten organisieren Kirchen, Wohlfahrtsverbände und Flüchtlingshilfeorganisationen bundesweit eine Kampagne (www.save-me-kampagne.de), die den Vorschlag des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR) unterstützt, ein Resettlement-Programm als Instrument des

individuellen Flüchtlingsschutzes und dauerhafte Lösung für bestimmte Flüchtlingskontingente auch für die Bundesrepublik Deutschland aufzulegen.

Auf Grund der guten Erfahrungen, die Niedersachsen mit der Flüchtlingsaufnahme gemacht hat, sollte die Landesregierung sich dafür einsetzen, weitere Flüchtlinge im Rahmen eines deutschen Resettlement-Programms aufzunehmen.

Denn während die Flüchtlingsströme weltweit wachsen, sind die Flüchtlingszahlen in der Festung Europa so niedrig wie noch nie.

Wir haben in Deutschland einen dramatischen Rückgang der Flüchtlingszahlen. Gleichzeitig haben wir aber immer wieder bekannt werdende erschütternde Schicksale vieler tausender Flüchtlinge im Mittelmeerraum und anderswo.

Davon, Anrede, haben wir uns im Mai während der Reise des Innenausschusses nach Sizilien einen Eindruck machen können. Uns erscheint es dringend geboten, jetzt einen Paradigmenwechsel in der Flüchtlingspolitik vorzunehmen.

Wir fordern Sie auf, mit uns eine Politik in Gang zu setzen, die humanitäre Belange berücksichtigt und auf die Bedürfnisse der geflüchteten Menschen eingeht und sich nicht in Selbstverständlichkeiten ergeht.

Bitte stimmen Sie dem gemeinsamen Antrag der Oppositionsfraktionen zu.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.